

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1928**

21 (25.1.1928)

# Volkstreu

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Beilagen: Illustrierte Wochen-Beilage „Volk und Zeit“  
Die Musik- und Sport- und Spiel- / Heimat und Wandern  
Sozialistisches Jungvolk / Frauenfragen - Frauenschutz

Nummer 21 Karlsruhe / Mittwoch, den 25. Januar 1928 48. Jahrgang

## Die Sozialpolitik des Bürgerblocks

Man gibt denen die haben und läßt die andern verhungern

Reichstagsstimmungsbild

Rein, 24. Jan. (Eig. Draht.) Der Reichstag brachte am Montag die erste Lesung des Reichshaushaltsplanes und Kanakos zu Ende. Inhörsenswert war nur noch die Rede des demokratischen Führers Dr. Koch, der schneidige Anreden die Föderalisten richtete. Von der Länderkonferenz Minister sagt er, daß sie etwa so zu bewerten sei, als wenn der demokratische Führer seine Schwadronschefs zusammenrufe, mit ihnen über die Abschaffung der Kavallerie zu beraten. Die Ministerpräsidenten, sondern der Reichstag sei für die Entscheidung des Reiches die entscheidende Instanz. Gegen den sozialdemokratischen Staatspräsidenten Vazille er die boshafte Bemerkung, daß dessen Rede beinahe wie ein Scherz nach dem Reichstag geklungen habe. Für die Kommissar sprach noch der Abgeordnete Loralet, der seiner verdammten Parteifreundin Ruth Fischer Danksagung für die SPD. Laut redend ging der Linkskommunist Urban, sich selbst schüttelnd, während dieser kommunistischen Rede aus dem Saal.

bestigsten Auseinandersetzungen zwischen dem Zentrum und den beiden Reichsparteien gekommen.  
In der Dienstagssitzung des Sozialpolitischen Ausschusses erklärte die Zentrumsdarabordnete Frau Teufel, daß sich das Zentrum anseht die Haltung der anderen Regierungsparteien einer Beratung der umstrittenen Fragen nicht widerlegen werde. Es lehne aber Verantwortung für die Erweidung unerfüllbarer Hoffnungen ab. Dieser Erklärung schloß sich die Bayerische Volkspartei an. Als dann in die materielle Beratung der demokratischen Vorschläge eingetreten wurde, ergab es sich sofort, daß die Reichsparteien nur eine kleine Gruppe ehemaliger wohlhabender Ober der Inflation herausgriffen, und ihnen einen Rechtsanspruch auf Rente gewähren wollen, während die große Mehrheit der Kleinrentner der öffentlichen Fürsorge überlassen bleiben soll. Diesen Vorschlägen wurden von den Vertretern der Sozialdemokratie, des Zentrums und der Kommunisten entschieden widerprochen. Der sozialdemokratische Abgeordnete Koch erklärte, daß man die Inflationsoffer, bei denen der Zins aus erspartem Kapital nur einen Teil der Existenzgrundlage abgibt, nicht schlechter behandeln könne, als jene, die von dem Zinseszins allein lebten. Zu Abstimmungen kam es im Ausschuss nicht.

### Der Kampf um die Schule

Im Bildungsausschuss des Reichstages gab der Reichsinnenminister v. Reubell am Dienstag eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt:

Die Umfrage über die mutmaßliche Höhe der Kosten, die die Durchführung des Reichsschulgesetzes mit sich bringen wird, hat die schon früher vertretene Auffassung der Reichsregierung bestätigt, daß es sehr schwer, wenn nicht unmöglich sei, diese Kosten zu schätzen. Die Unterrichtsministerien der Länder haben, soweit sie nicht die Angabe von Zahlen überhaupt für unmöglich erklärten, mehr oder weniger nachdrücklich betont, daß von ihnen vorgenommenen Schätzungen eine starke Unsicherheit anhafte, da es völlig unmöglich sei, vorher zu sagen, in welchem Umfange die Erziehungsbedürfnisse von ihrem Recht die Einführung von Schulen zu beantragen, Gebrauch machen und welche finanziellen Auswirkungen die Genehmigung solcher Anträge haben wird.

Die Reichsregierung bekennt nicht, daß die Einführung des Gesetzes den Ländern und Gemeinden, denen die Aufbringung der Schulkosten möglichsterweise Mehrkosten verursachen kann. Angehts der gesamten Finanzlage der Länder und Gemeinden ist sie bereit, den Ländern eine einmalige Beihilfe bis zu 30 Millionen Mark in Aussicht zu stellen. Diese Beihilfe soll in erster Linie dazu dienen, die Überleitung der zur Zeit bestehenden Schulverhältnisse namentlich auch in leistungsschwachen Schulgemeinden in den neuen Rechtszustand zu erleichtern. Ein voller Ertrag der Kosten, die die Durchführung des Reichsschulgesetzes etwa erfordern, insbesondere eine Beteiligung des Reichs an den laufenden Mehraufwendungen für das Volksschulwesen muß nicht nur aus arbeitslosen Erträgen erwachsen, sondern auch deshalb abgedeckt werden, weil es kaum möglich sein wird, Kosten, die auf Grund der Durchführung des Schulgesetzes erwachsen, von denjenigen zu trennen, die das in fortiger Entwicklung befindliche Volksschulwesen auch ohne den Ertrag dieses Gesetzes verursachen wird. Das Nähere über die Art der Beteiligung soll von der Reichsregierung im Einvernehmen mit dem Reichstag festgelegt werden.

Diese nichtsjagende Erklärung des Reichsinnenministers stieß im Bildungsausschuss des Reichstages auf den Widerstand der Opposition und einzelner Landesregierungen. In der Tat ist der in Aussicht gestellte Betrag von 30 Millionen Mark im Vergleich zu den wirklichen Kosten geradezu lächerlich. Preußen allein braucht z. B. nach der Berechnung seines Finanzministers selbst für den Fall, daß nur 1 Prozent der jetzigen Schularten umgewandelt werden muß, rund 30 Millionen Mark. Voraussetzungen für die Proportionalität aber in der Praxis wesentlich höher, jedoch die Gesamtsollten in die Hunderte von Millionen gehen. Aber was kümmert das den Bürgerblock und seine Regierung? Sie machen Gesetze, ohne sich um die Kosten zu kümmern und hätten niemals daran gedacht, sich darüber überhaupt Sorgen zu machen, wenn die Opposition sie nicht unter Druck gesetzt und endlich Klarheit über die Kostenfrage geordert hätte. Dieser Druck wird fortgesetzt werden, bis eine zufriedenstellende Erklärung der Reichsregierung abgegeben wird. Vor allem wäre dazu der Reichsfinanzminister berufen. Aber auch er hat bisher beharrlich geschwiegen. Die Opposition hat ihn deshalb am Dienstag ebenfalls zu näheren Neußerungen aufgefordert.

Berlin, 25. Jan. (Funkdienst.) Der interfraktionelle Ausschuss der Regierungsparteien besaßte sich am Dienstag wieder einmal mit den jetzt seit Wochen umstrittenen Paragrafen des Reichsschulgesetzes. Man kam überein, alle Paragrafen, die zu Konflikten Anlaß geben könnten, vorläufig nicht weiter zu beraten, aber trotzdem die erste Lesung des Gesetzes zu Ende zu führen. Mit dieser Patentlösung will man sich bis auf weiteres begnügen. Die Lösung der entstandenen Schwierigkeiten soll versucht werden, sobald die zweite Lesung des Reichsschulgesetzes erfolgt.

### Auflösung des Gemeinderats in Hagenau

Paris, 24. Jan. Der Ministerrat hat auf Vorschlag Poincarés sein Defret betreffend die Auflösung des Gemeinderats von Hagenau wegen seiner Haltung in der Autonomienbewegung genehmigt. Dem Gemeinderat wird zur Last gelegt, die zwei von den Radikalen und sozialistischen Gemeinderäten vorgelegten Entschlüsse abgelehnt zu haben, von denen die eine die Wiederherstellung der vor 1870 im Gebrauch gemeinen Stadtfarben forderte, die andere eine Gläubigerschutz an die Regierung, anlässlich ihrer Maßnahmen gegen die Autonomienbewegung.

## Aus der französischen Kammer

Finanzdebatte

Paris, 24. Jan. (Eig. Draht.) Der Beginn der seit langem mit größter Spannung erwarteten Finanzdebatte in der Kammer brachte dem Publikum, das in Massen Galerien und Tribünen gefüllt hatte, zunächst eine Enttäuschung. Nach den Ankündigungen der letzten Tage hatte man erwartet, daß Poincaré Dienstag die Diskussion eröffnen werde. Er hatte jedoch in letzter Minute diesen Plan aufgegeben, um zunächst die Interpellanten zu Wort kommen zu lassen und sich für seine Intervention den tauglichsten Moment auszusuchen.

Eine der größten Chancen für Poincaré ist, daß auch diesmal wieder seine Gegner uneinig und innerlich gespalten sind. Die Radikalsocialisten, deren Kammerfraktion am Dienstag zusammengetreten war, um sich über ihre endgültige Haltung in der Finanzfrage schlüssig zu werden, sind wiederum zu keiner Einigung gelangt. Eine vom Abg. Malvo angeregte Tagesordnung wurde zwar angenommen, es konnte jedoch über die Taktik, die bei der Endabstimmung eingeschlagen werden soll, eine Einigung nicht erzielt werden.

In der Kammer ergiff als erster Interpellant der sozialistische Abgeordnete Bedouce das Wort. Einleitend erklärte er, daß es sich bei dieser Diskussion um Fragen handle, die von der gesamten Bevölkerung gestellt werden und deren mögliche Beantwortung das ganze Land erwarde. Die sozialistische Partei werde gewöhnlich als „obstruktiv“ bezeichnet, doch wäre gerade sie es gewesen, die infolge der mangelnden Initiative der bürgerlichen Parteien ein konstruktives Sanierungsprogramm vorgelegt habe. Bedouce erörterte hierauf ausführlich die Ursachen der Währungsnot. Schon während des Krieges wären große Fehler gemacht worden, da man es abgesehen, das Kapital der Bürger zu mobilisieren und dem entlassenen Volk, einen Krieg mit Steuern und nicht mit Anleihen zu finanzieren, zu folgen. Erst auf ein Ultimatum der sozialistischen Partei hin sei im Jahre 1917 eine Einkommensteuer eingeführt worden. Später habe man sich damit begnügt, daß Deutschland zahlen werde. Die französischen Sozialisten hätten später den Frieden von Versailles abgelehnt, weil sie es für ausgeschlossen hielten, daß Frankreichs Schulden aus Deutschland bezahlt würden. Der Traum der deutschen Milliarden habe sich auch bald in ein Nichts aufgelöst und das französische Defizit sei bis 1924 auf über 300 Milliarden Franken gestiegen, indem die Währungsnot gegen die erforderliche Steigerung weiter ausgedehnt hätte. Schuld an dem Zusammenbruch sei also vor allem die Steuerdefektion des Kapitals gewesen. Bedouce schloß mit einer Aufforderung über die Aufgaben der Stabilisierung — die Sozialisten fordern eine Stabilisierung zum heutigen Kurs.

### Der deutsch-französische Handelsvertrag der französischen Kammer vorgelegt

Paris, 24. Jan. In der Kammer ist heute nachmittags der Gesetzentwurf betreffend die Billigung des am 16. August 1927 unterzeichneten deutsch-französischen Handelsvertrages verteilt worden. Die Begründung lautet wie folgt: „Das deutsch-französische Handelsabkommen stellt vom juristischen wie vom politischen Standpunkt aus das vollkommenste Instrument dar, das zwei Regierungen seit dem Kriege vermittelte haben. Es war in der Tat von Bedeutung, daß damit die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland in friedlicher Blieben und so fruchtbar wie möglich gestaltet, eine verbesserte Regelung an die Stelle gewisser Bestimmungen des Versailler Vertrags trat, die seit dem 10. Januar 1925 binnfällig geworden waren, und daß diese Regelung von dem Geist einer für die Entwicklung der zwischen beiden Ländern notwendigen Zusammenarbeit bis zur Wiederherstellung normaler Beziehungen in Europa getragen war. Die Regierung hat die feste Hoffnung, daß dieses Abkommen vom Parlament gebilligt werden wird.“

### Stambuler Kommunistenprozess

Berlin, 25. Jan. (Funkdienst.) Der seit Wochen stattfindende Stambuler Kommunistenprozess endete am Dienstag, wie uns die Konstantinopeler gemeldet wird, mit der Verurteilung von 30 Angeklagten zu 1 Monat bis zu 4 Monaten Gefängnis. Ein aus Moskau entsandter Prokurator wurde mit 1 1/2 Jahren Gefängnis bestraft. Im Zuschauerraum wurden die unerwartet mit den Urteilen mit Beifall aufgenommen.

### Titulescu bei Mussolini

Berlin, 25. Jan. (Funkdienst.) Der rumänische Außenminister Titulescu wurde am Dienstag mittags von dem italienischen Faschistenhäuptling Mussolini empfangen. Angeblich handelt es sich nur um einen Höflichkeitsbesuch. Die politischen Beziehungen sollen erst heute stattfinden.

### Regierungsbildung in Norwegen

Oslo, 24. Jan. (Eig. Draht.) Die norwegische Arbeiterpartei hat am Dienstag beschlossen, den ihr von König angebotenen Auftrag zur Bildung einer Arbeiterregierung anzunehmen. Wahrscheinlich wird der sozialdemokratische Parteipräsident des Storting mit der Regierungsbildung beauftragt.

### Das Schicksal der Fememörder

Berlin, 25. Jan. Nach den Berichten für den Strafpolizei hat sich jetzt, nachdem die Urteile gegen die vier zum Tode verurteilten Fememörder Rechtskraft erhalten haben, der zuständige Oberstaatsanwalt darüber zu äußern, ob die Urteile vollstreckt werden sollen oder nicht. Er hat seinen Bericht dem Generalstaatsanwalt vorzulegen, der ihn mit seiner Stellungnahme dem Beauftragten für Gnadenfragen zugehen läßt. Von diesem erhält dann der preussische Justizminister die Berichte zur Entscheidung und zum Vortrag im Ministerrat. Wie dem B.T. berichtet wird, werden sowohl der Oberstaatsanwalt wie auch der Generalstaatsanwalt eine Vollstreckung der Todesurteile nicht empfehlen. Es ist also wahrscheinlich, daß die Staatsregierung von ihrem Begnadigungsrecht Gebrauch machen wird.

### Abstimmungsbild

Rein, 24. Jan. (Eig. Draht.) Der Reichstag brachte am Montag die erste Lesung des Reichshaushaltsplanes und Kanakos zu Ende. Inhörsenswert war nur noch die Rede des demokratischen Führers Dr. Koch, der schneidige Anreden die Föderalisten richtete. Von der Länderkonferenz Minister sagt er, daß sie etwa so zu bewerten sei, als wenn der demokratische Führer seine Schwadronschefs zusammenrufe, mit ihnen über die Abschaffung der Kavallerie zu beraten. Die Ministerpräsidenten, sondern der Reichstag sei für die Entscheidung des Reiches die entscheidende Instanz. Gegen den sozialdemokratischen Staatspräsidenten Vazille er die boshafte Bemerkung, daß dessen Rede beinahe wie ein Scherz nach dem Reichstag geklungen habe. Für die Kommissar sprach noch der Abgeordnete Loralet, der seiner verdammten Parteifreundin Ruth Fischer Danksagung für die SPD. Laut redend ging der Linkskommunist Urban, sich selbst schüttelnd, während dieser kommunistischen Rede aus dem Saal.

### Abstimmungsbild

Rein, 24. Jan. (Eig. Draht.) Der Reichstag brachte am Montag die erste Lesung des Reichshaushaltsplanes und Kanakos zu Ende. Inhörsenswert war nur noch die Rede des demokratischen Führers Dr. Koch, der schneidige Anreden die Föderalisten richtete. Von der Länderkonferenz Minister sagt er, daß sie etwa so zu bewerten sei, als wenn der demokratische Führer seine Schwadronschefs zusammenrufe, mit ihnen über die Abschaffung der Kavallerie zu beraten. Die Ministerpräsidenten, sondern der Reichstag sei für die Entscheidung des Reiches die entscheidende Instanz. Gegen den sozialdemokratischen Staatspräsidenten Vazille er die boshafte Bemerkung, daß dessen Rede beinahe wie ein Scherz nach dem Reichstag geklungen habe. Für die Kommissar sprach noch der Abgeordnete Loralet, der seiner verdammten Parteifreundin Ruth Fischer Danksagung für die SPD. Laut redend ging der Linkskommunist Urban, sich selbst schüttelnd, während dieser kommunistischen Rede aus dem Saal.

### Die bürgerblöckliche Rentnerfürsorge

Rein, 24. Jan. (Eig. Draht.) Der Bürgerblock schreibt zu Recht zu Recht. Der neueste Kampf ist heute über die Errichtung eines Rentnerfürsorgegesetzes entstanden. Die Errichtung dieses Gesetzes, hat die Reichsregierungen und die Deutsche Volkspartei, ist in die Beratung des demokratischen Ausschusses einzutreten, den sie vor 2 Monaten gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt haben. Die Haltung der Reichsregierung — wie es das gesamte Kabinetts — nicht nur des Arbeitsministers, sondern auch des Reichsfinanzministers, ist heute noch die gleiche wie im November. Die Regierung verlangt die Berücksichtigung der Beratung bis zum Abschluß der Staatsberatung, weil die Regierung zu erleben sei, welche Mittel für die Rentnerfürsorge zur Verfügung stehen. In den interfraktionellen Verhandlungen der Regierungsparteien ist es inzwischen wegen dieser Differenzen wegen des Inhalts des Reichsrentnerfürsorgegesetzes, zu den

### Blatiger Zusammenstoß

Rein, 25. Jan. (Funkdienst.) In Seelow bei Frankfurt a.O. ist am Montag ein Zusammenstoß zwischen Teilnehmern eines Feiertages des dortigen Kriegervereins und roten Frontkämpfern ausgebrochen. Auf beiden Seiten gab es etwa 20 Verletzte. 2 Kommandanten mußten schwer verletzt in die Klinik überführt werden. Der Zusammenstoß nahm erst ein Ende, als das Ueberfallkommando von Frankfurt a. O. eintraf.



hinsichtlich mit zu dem Ausbruch des Weltkrieges beitragen. Alles das, so schließt Borab, sei ein Teil eines wohl vorbereiteten Plans, die Öffentlichkeit auf ein Weitzustehen zur See vorzubereiten. Eine beschränkte Anzahl von Kreuzern zur See vorzubereiten. Eine beschränkte Anzahl von Kreuzern zur See vorzubereiten. Eine beschränkte Anzahl von Kreuzern zur See vorzubereiten.

### Die Einheitsfront marschiert!

**Kommunisten gegen den Sowjetstern — Waslow mit der Handeupichte gegen Kote-Fahne-Redakteure**

Die Einheitsfront der Kommunisten untereinander nimmt die folgende Form an. Der Führer Volkswille veröffentlicht folgenden Protest:

Aus Göttingen erhalten wir folgende Erklärung: Die linken kommunistischen Göttinger aller Richtungen haben erlassen, daß drei Göttinger Genossen in Göttingen im Jahre 1927 den Genossen Volkswille im Dezember in einem kürzeren Sozialistischen Anzeiger um ihren Sowjetstern gekürzt haben.

Nun habe ich nicht so viel Zeit und nicht so viel Geduld, um zu diesem Zeitpunkt zu warten. Erstens, weil die "Führung" der SPD, die die Macht erobern wird, weiß, weil ich keine Lust habe, mich von diesem Schmutz, der noch während Jahren Luft haben wird, zu lassen. Ich werde jeden Redakteur der roten Fahne, wo und wann ich könne und unbeschadet der für ihn bestehenden Folgen, körperlich züchtigen, damit er wenigstens für seine Verleumdungen einen Lohn bekommt, an den er denken kann. A. Waslow.

Die Redakteure der roten Fahne werden nun wohl den Gehüß der preußischen Polizei suchen oder einen Preisbozer, um die Redaktion aufzunehmen.

Es lebe die Einheitsfront!

### Freistaat Baden

#### Beamtenpolitik der Deutschen Volkspartei

Den badischen Zeitungen wird von Beamtenfachkreisen die Meinung der Deutschen Volkspartei eine Entschärfung der Beamtenpolitik im Reich geboten. Die Beamtenpolitik im Reich ist nicht schlechter zu stellen, wie die Reichsbeamten in der Reichs-Beamtenpolitik. Das fordern die Sozialisten, aber die Deutsche Volkspartei will zugunsten des Reiches, daß in der badischen Beamtenpolitik die Beamten schlechter gestellt seien, als die Reichsbeamten im Reich.

### Kaspar Hausers Mörder?

Aus unbekanntem Briefen dieser fragwürdigen Gestalt

Die Geschichte Kaspar Hausers, der in seinen vielen Rollen die Rolle Major v. Dennenhofer' das größte Rätsel aufweist, ist sicher seiner gewiesen, der um die Findling alles wußte. Ist das er ihm ausgesagt hatte, sicher ist, daß er nach einer Staatsanwaltschaft verurteilt wurde; viele Fingerzeige weisen auch darauf hin, daß Dennenhofer dem Kaspar Hauser den Weg zum Selbstmord bereitet hatte. Dennenhofers Frechheit und Scharfblick über den großherzoglich badischen Hofe konnte in seinen Grenzen, trotzdem konnte ihm nichts gegeben, denn die Staatsanwaltschaft und das Ansehen des Hauses Fürstingen lag an dem in seinen Händen. Am 15. Juni 1830 wurde er aus dem Gefängnis entlassen mit der ungenierten hohen Adressenliste von 3000 Namen. Er nahm darauf Wohnung in dem einladenden Schloß der Hohenhagens (bei Vaihingen im Amt Eilenberg). Die Kaspar Hauser-Geschichte ist von dort weiter abgeleitet worden. Der Findling wurde am 14. Dezember 1833 ermordet.

diese Sünden der Reichspartei ungeheuren machen. Deshalb werden schon jetzt die überflüssigen Protokolle in die Welt hinaus geschickt. Sessen wird das allerdings nichts! Darüber wird die Beratung der badischen Bevollmächtigten sicher die notwendige Aufklärung bringen.

### Viele Köche verderben den Brei

Dem Badischen Beobachter wird von einem Landwirt aus der Billinger Gegend folgendes geschrieben:

Die milchwirtschaftlichen Verhältnisse in unserem Bezirk sind so zerrissen und verfahren, wie wohl in keiner Gegend unersessenen Deimatländers. Der Grund liegt aber nicht etwa in der Stadtbevölkerung Billingers oder gar im Stadtoberrhein, sondern an einer landwirtschaftlichen Organisation, welche beiderseitigen Interessen zu vertreten, aber zugleich Milchverkäufer in der Stadt ist, nämlich am Badischen Milchereiverband. Man hat auch schon mündlich gehört, daß der Badische Milchereiverband in der Lieferberichtszeit in Karlsruhe ausländische Butter und Milch bezieht. In Billingen hat dieser Milchereiverband vor Jahren eine Milchzentrale erstellt. Nachdem durch unglückliche Geschäftsführer diese sogenannte landwirtschaftliche Milchzentrale-Genossenschaft eine verwerfliche Verlustwirtschaft erreicht hatte, daß man den Schaden am besten hätte umgehen mögen, wurde dieses unglücklich geborene Kind von einem landwirtschaftlichen Unternehmen aufgelöst. Der Badische Milchereiverband und die Hausgenossenschaft in Karlsruhe hatten auf ihren Anteil in Höhe von 10 000 Mark verzichtet, und es wurde eine neue landwirtschaftliche Genossenschaft gebildet, die das Unternehmen bis jetzt weiter betriebe hat. Es ist natürlich klar, daß die neue Genossenschaft unter der heutigen Schuldenlast schwer zu arbeiten hat, um nur einigermaßen wieder in die Höhe zu kommen. Darin sind aber andere Schuld und nicht der Bauer — die "Herren"! Man will jetzt sanieren. Glück auf! Am Sonntag war eine große Versammlung in Billingen. Es war eine ausgeprobenen Milch-Veranstaltung unter dem Vorsitz des jetzigen Vorstandes der landwirtschaftlichen Milchgenossenschaft, welche die Milchzentrale inne hat, Herrn Kornob. Die Redner des Tages, ein Herr vom Badischen Bauernverein und einer vom Milchereiverband schilderten die milchwirtschaftliche Lage in Baden. Da gab es für die Bauern gar viel Neues zu hören. Man hätte ermarren sollen, daß gerade der Redner vom Badischen Milchereiverband speziell auf die milchwirtschaftlichen Verhältnisse im Bezirk Billingen zu sprechen komme. Er hat dies aber verniedert und so stellte der Bauernvereinsredner die Frage, welches eigentlich die Erzeugerpreise im Bezirk Billingen seien und er meinte, daß auch die Bauern des Bezirks Billingen ebenfalls eine Erhöhung wünschen, da einzelne Gemeinden noch ab Stall 19 Pf. bekämen. Er hatte den Bauern aus den Herzen gesprochen und meinte, die Händlerspanne von 5 Pf. sei zu hoch. Man sollte da zurückgehen und dafür den Landwirt etwas mehr geben. Er glaubte, 3 Pf. würden den Händlern genügen und somit könnte der Landwirt 2 Pf. mehr erhalten. Herr Landwirtschaftsrat Wetterer vom Badischen Milchereiverband meinte aber, sämtliche Bauern müßten ihre Milch der Milchzentrale abliefern. Dies sei das einzig richtige. Also

### Gegen rote Hände

und unheimliche Straftat verurteilt man am besten die Straftat, welche die rote Hande genannt wird, die rote Hande, die die roten Hände genannt wird. Die rote Hande, die die roten Hände genannt wird. Die rote Hande, die die roten Hände genannt wird.

der Dienst freudig meine Kräfte zu weihen" usw. Diesen Brief landete Dennenhofer am Morde mit einem Begleitbrief vom 28. Juni und der Bitte, den Brief der Gräfin ausstellen, da ihm deren Adresse unbekannt sei. Er versichert Mordes, daß er Brillanten im Gegenwart habe, die er bei ihm deponieren wolle. Nach verschiedenen Erwägungen schreibt er weiter: Am Sonntag, den 18. Juli, was ich für den iel. Herrn tat und was ich wegen ihm gestanden, kann ich ohne Erzählen an keine Nachkommen mich wenden. Und doch erziehe ich! Ich habe zwei Manuskriptentwürfe, deren Verkauf mir wohl mehr als jene Summe einbringen dürfte, aber ich kann mich nicht entschließen, jetzt schon sie preis zu geben. Noch ist der Moment nicht! Er bittet dann weiter, Mordes möge das Beste für ihn tun und bedenken, daß ich bis zum Jahre 1827 nur 1750 fl. Besoldung hatte, daß das Vermögen meiner Frau in allem nicht volle 14 000 fl. betrug, so werden Sie es erklärlich finden, daß ich nichts ererbte habe!" — Mordes landete der Gräfin den an sie gerichteten Brief.

Die Antwort der Gräfin v. Langenstein (in der ihr eigenen primitiven Schrift) lautet: "Dresden, 6. Juli 1837. Herr Direktor Mordes! Ich würde Ihnen hier einen Brief von Dennenhofer erwidern, daß ich ihm 300 Louisdor auf ein Pfand leihen möchte. — Ich will ihm diese Summe, auf die von ihm vorgeschlagene Weise leihen, und bitte Sie, dieses Geschäft mit ihm abzumachen. — Ihre ergebene Kath. v. Langenstein. (In Cite)."

Mordes hat Dennenhofer darauf mitgeteilt, daß er das Darlehen erhalte. Unter dem 17. Juli 1837 bedankte er sich bei Mordes, daß er ihm diesen Erfolg schulde. Sofort verfügte er über 900 fl. an den Sekretär Eimer und an ihm mögen 800 fl. befristet werden, jedoch an die Adresse Georg Wagner in Rippensheim, bei dem er den Betrag abholen werde. Und in diesem Zusammenhang: "Es ist mir nur, daß die Leute es nicht gerade in Karlsruhe merken, denn eine "Sobeeit" hatte ich schon einmal gut geküßt, ich besaße immer Geld von Frau v. Langenstein!" Ferner sei ihm eine Verpflichtung, daß Mordes geneigte Schweigen bewahre, "aber ich habe es um den alten Herrn verdient!"

Die Korrespondenz scheint dann etwas eingeschlafen zu sein, denn erst im Mai 1840 schrieb er wieder an Mordes und befragt sich darin mit dem bald mündig werdenden jungen Grafen Louis; ferner teilt er mit, daß er im August nach Freiburg ziehen werde. "Zur allmählichen Tilgung meiner Schuld werde ich nun unverzüglich Anstalten machen. Meine Krankheit hat mich sehr zurückgebracht." Dieser Brief hat in der Schrift wenig Bedeutsamkeit mit seiner üblichen Handschrift. Er erklärt sich das insofern, als seine Krankheit ihn den rechten Arm nicht gebrauchen ließ und er, "links" schrieb, wie er bemerkt.

Im Jahre 1845 wurde er ansehend gemacht, Alltagslungen zu machen. Unter dem 1. August 1845 schreibt er an Mordes u. a.: "Meine letzte Lebensaufgabe aber bleibt, daß ich dasjenige vergesse, was mir einst in Karlsruhe hülfreich war. Was ich einst leidet, wirkt, verbindet: — Die Familie Langenstein hat es so gut wie die Familie Baden vergessen." Karl Birner (Konfanz).

ja keine Beschneidung der Händlerspanne! Nimmt sich das noch ein Vertreter der Landwirte? Ein solcher Mann macht sich unmöglich unter Landwirten. Ein Händler meinte, er verdiene zur Zeit nur 15 Pf. Ist das nicht mehr wie genug für einen halben Tag Arbeit? Werden wir Bauern auch so viel in einem halben Tag? Zum guten Glück wurde dann noch beschlossen, daß mit den Händlern in Verhandlungen swecks Herabsetzung der Händlerspanne von 5 Pf. auf 4 Pf. getreten werde, damit der Landwirt wenigstens 1 Pf. mehr bekomme. Damit wäre eine Erhöhung des Kleinverkauftpreises in der Stadt unnötig. Diese Anregung haben wir Bauern aber nicht den Herren vom Badischen Milchereiverband zu verdanken und ganz besonders nicht Herrn Wetterer, sondern dem Herrn vom Badischen Bauernverein. Wer die milchwirtschaftlichen Verhältnisse in unserem Billinger Bezirk kennt, hat die schönen Worte von Einigkeit, Geschlossenheit, genossenschaftlichem Zusammenhalt, Opferwilligkeit endlich bald satt. Dafür haben wir Bauern schon viel gebracht, das besagt schon die ganze Geschichte der Milchzentrale Billingen."

Zu dieser Zuschrift möchten wir untererlei bemerken: Am 13. ds. Mts. brachten wir eine kleine Notiz über eine Bauernversammlung in Billingen, die wir Oberländer Blätter entnehmen. In jener Notiz stand u. a.: „Allgemein war man sich einig, daß gegenwärtig eine Preiserhöhung auf Kosten der Konsumenten nicht durchgeführt werden könne." Wir knüpften daran die Bemerkung, daß wir nun bald brauchbare Vorschläge von Seiten der Landwirtschaft in dieser Frage erwarten dürften. Statt dessen wird nun zu jenem Bericht über die Bauernversammlung in Billingen eine iogen. Berichtigung verhandelt, die sich mit dem Artikel des Bad. Beobachters im großen und ganzen deckt.

Uns fällt dabei nur auf, daß der Vertreter des Bad. Bauernvereins den Landwirten helfen möchte, ohne dabei den Konsumenten zu belasten, während der Landwirtschaftsvertreter Wetterer von der landwirtschaftlichen Hauptgenossenschaft dies ablehnt. Sein Mittel, um den dortigen Landwirten zu helfen, ist nur der Rat, alle Milch an die Billinger Zentrale zu liefern. Ja, das war ja vor dem Zusammenbruch der Billinger Zentrale der Fall und trotzdem die Unzufriedenheit der Landwirte. Hier steht also Landwirtschaftsvertreter gegen Landwirtschaftsvertreter und wie uns scheint nur zum Nachteil der Landwirte.

Wahrscheinlich der Aufwertungsarbeit. Nunmehr hat auch die Reichspartei für Volkrecht und Aufwertung gegen das Land beim Staatsgerichtshof Klage wegen Wahlrechtsbeschränkung eingereicht.

### Gewerkschaftsbewegung

Darf ein Teil der Erwerbslosenunterstützung zur Deckung des Mietzins vom Arbeitsamt an den Hauswirt gezahlt werden? Ein Beileh der Reichsanstalt erklärt das für zulässig. Er macht lediglich die Einschränkung, daß derartige Maßnahmen auf Einzelfälle beschränkt bleiben müssen, in welchen im Interesse des Arbeitlosen ein Eingriff in dessen Vermögensverhältnisse gerechtfertigt ist, vor allem besonders dann, wenn der Arbeitslose böswillig oder leichtfertig die Miete nicht bezahlt. Die Reichsanstalt stützt sich in ihrem Beileh auf die Auffassung, daß nach dem Geleß die Unterstützung auch in Sachleistungen gewährt werden könne. Der Erlass der Reichsanstalt geht von falschen Voraussetzungen aus. Es handelt sich hier nicht um Sachleistungen, sondern um die Beschaffung von Schulden des Arbeitlosen und dazu ist die Arbeitslosenversicherung nicht da. Der Antrag ist mit dem Sachverhalt nicht vereinbar. Nicht die Reichsanstalt, sondern der Vermieter stellt die Wohnung zur Verfügung. Die Reichsanstalt hat kein Recht, sich in die Rechtsbeziehungen zwischen dem Mieter und dem Hauswirt einzumischen. Nach dem Geleß ist die Erwerbslosenunterstützung unfindbar und nicht aufrechenbar. Nur eine Ausnahme gibt es, nämlich ausnahmsweise unterhaltsberechtigter Familienmitglieder; im übrigen ist die Reichsanstalt verpflichtet, die Unterstützung unakufiert zur Auszahlung zu bringen. Der Erlass der Reichsanstalt verstoßt also gegen das Gesetz.

### Rus der Stadt Durlach

Sozialdemokratische Partei. kommenden Freitag abend 8 Uhr findet im "Lamm" eine Mitgliederversammlung statt. Gen. Schüringer-Karlruhe hält einen Vortrag über "Gold, Bank und Börsenwesen". Außerdem wird Stellung genommen zu der demnächst stattfindenden Konferenz des Wahlkreises Karlsruhe-Land, in der die Umstellung von Kandidaten zur Landtagswahl vorgenommen wird. Deswegen findet die Wahl von Delegierten zur Konferenz statt. Die Genossen und Genossinnen werden um zahlreiches Betheil dieser wichtigen und lehrreichen Versammlung gebeten.

### Probleme der Erziehung und der Gemeinschaft

Alle Vorträge, die weltanschauliche Fragen berühren, bewegen in weiten Kreisen des Publikums ungeheuren Interesse. Von welcher Seite sie auch geboten werden, ist es von religiöser, oder weltlicher, die Fälle erweitern sich zu klein, die Menge der Wissensdürftigen zu lassen. Diese Tatsache zeigt deutlich, daß Gegenstände und Konflikte in der Gegenwart so brennend geworden sind, daß niemand daran vorbeigehen kann, der im tätigen Leben steht. In Philosophie und Biologie werden die Mittel gesucht, die überall klastenden Risse zu kleistern. So wertvolle Hinweise die beiden Wissenschaften auch zu geben vermögen, so wenig zielstrebend können sie für den Sozialdemokraten sein, dessen Lebensauffassung fester untrifflig ist. Erst wenn der Klassenkampf zu einer Besserung der wirtschaftlichen Lage der arbeitenden Bevölkerung geführt hat, werden die Ergebnisse der Philosophie und Biologie sich praktisch auswirken können.

Der Verband katholischer Akademiker hatte wiederum den schon vom letzten Jahr her als glänzenden Redner beständig bekannten Professor Dr. Allers zu einem Vortragsschluss berufen. Der Saal im Anlagengebäude konnte die Menge der Zuhörer nicht fassen, so daß die Vorträge in den großen Gemeinssaal der Hochschule verlegt werden mußten. Herr Dr. Allers hatte sein Thema auf vier Abende verteilt, deren jeder eine besondere Seite des zu behandelnden Problems hervorhob. Sie waren charakterisiert durch die Überschriften: Das Leben als Geheimnis, das Leben als Schicksal, das Leben als Tat und das Leben als Gnade. Der klare methodische Aufbau und die scharfe Logik des Denkens ließen auch diesmal wieder in Enttaunen. Professor Allers behandelte sein Thema vom philosophischen Standpunkte aus. Er bewies die Zwischenstellung des Menschen zwischen Natur und Ueberratur, die es unmöglich machte, ihn allein biologisch zu bestimmen. Naturgesetze beruhen auf Urfache und Wirkung. Ausnahmen kennen sie nicht. Der freie menschliche Wille stellt aber ein Unabhängiges dar und ist als solches in Gott verankert. Auf diese Grundfrage baute Herr Dr. Allers seine Ausführungen für die Erziehung auf, die sich mit denen der Individualpsychologie decken. Er richtete den flammenden Appell an seine Zuhörer, mutige Menschen zu erziehen, die das Leben betreiben und messern. Der dritte Abend war der philosophischen Analyse der Tat gewidmet, die letzten Endes von Wertesichtungen abhängt. Aus der Vermorenheit der Wertesichtungen entspringt das Verbrednen. Darum müssen die Korrumpentnisse geklärt werden. Zwischen Wertesicht und Tat, die ihr nicht entspricht, bildet sich ein Gegensatz. Der Allers aus der gefallenen Natur des Menschen erklärt. Das Streben jedes Menschen geht nach Glück, Vollkommenheit und Zufriedenheit. Das sind aber keine Ziele, sondern Bräminen, die das Leben demjenigen gewährt, der seine objektiven Forderungen erfüllt.







**Casanova**  
**DEUTSCHLAND** ist das beste aller europäischen Erzeugnisse der letzten Jahre  
 So berichtete der Berliner Lokal-Anzeiger

**Casanova**  
**ÖSTERREICH** ist ein Bombengeschäft, der beste Geschäfts-Film der Saison  
 So urteilten einstimmig die österreich. Kinobesitzer

**Casanova**  
**ENGLAND** ist der bedeutendste Film der gegenwärtig in England gezeigt wird  
 So kabela der Generalmanager Bryson

**Casanova**  
**FRANKREICH** ist das Schönste, was man in Frankreich bisher gesehen hat  
 So schrieb der Photo Ciné

**Ab morgen Donnerstag**  
 im  
**Gloria-Palast**

**Touristenverein**  
**„Die Naturfreunde“**  
 Ortsgruppe Karlsruhe e. V.

Freitag, den 27. Januar 1928, abends 8 Uhr  
**Hauptversammlung**  
 im Vereinslokal „Friedrichshof“  
 Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht 2. Beschlußfassung über die eingelaufenen Anträge 3. Vorstandswahlen  
 Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen wird gebeten. Mitgliederbeweis mitbringen.

Samstag, den 28. Januar 1928, abends 8 Uhr  
**Kostüm-Fest**  
 im „Friedrichshof“-Festsaal.  
 Eintrittskarten für Mitglieder Mk. 1.50, Nichtmitglieder Mk. 2.00 sind bei den Funktionären und in der Volksbuchhandlung, Waldstr. 28 erhältlich. Ohne guten Humor wird niemand zugelassen. 1383  
 Die Vereinsleitung.

**Palast-Lichtspiele**  
 Herrenstr. 11 Telef. 2502

**Ab heute!**

**Florence Nidor**  
 REGIE: MALCOLM STELLAR  
 MIT CLIVE BROWN U. GRETA NISSEN

**„Die Süße Lunde“**  
 EINE REIZENDE, PIKANTE UND INTERESSANTE EHEKOMÖDIE VON LIEBE, HEIRAT UND SCHEIDUNG!

**Feindliche Väter**  
 Lustspiel in 2 Akten  
 sowie das übrige Belprogramm.

Anfangszeiten 3, 5, 7 und 9 Uhr

**Die Materialistische Geldlichts-Zufassung**  
 ein Lebenswerk von Carl Lautsich  
 empfangen  
 Volksbuchhandlung Salsbrunn  
 Waldstraße 28, Telefon 7922

**Zimmer** möbliert, auf sofort zu vermieten  
 Wielandstr. 32, IV. L. 2269

**Maskenkostüm**  
 zu verkaufen, od. zu verleihen  
 Hildstr. 9 III. L. 3270

**Zur Oststadt-Halle**  
 Durlacher Allee 34  
 Morgen Donnerstag  
**Großes Schiachtfest**  
 mit humoristischem **Kappen-Abend**  
 Gesangswettbewerb sämtlicher Oststadt-Gesangsvereine und sonstige Einlagen  
 Sonntag, den 29. Januar  
 Wiederholung mit Preisverteilung.  
 Hierzu ladet ein: 1389  
 K. Scherle, Metzger und Wirt

**Masken-Verleihanstalt**  
 2., 3. und 5. St. 1381  
 Schiller, Amalienstraße 22 — Telefon 7906

**Tatel-Klaviere**  
 Gute Fabrikate sehr preiswert! Auch bei Teilzahlung abzugeben.  
 Musikhaus **SCHLAILE**  
 Pianolager Kaiserstraße 175

**Colosseum**  
 Walstr. 16  
 Telefon 5599  
 Bis 1. Febr. täglich die große **Revue**  
**Das lebende Magazin**

**Badisches Landestheater**  
 Mittwoch, 25. Januar  
 „Küher Rite“  
 (erstes Vorrecht Stätte F)  
 Einmaliges Gastspiel d. Moskauer berühmten Künstlertheaters „Dabima“

**Die Sargfabrik** der Gemeinnützigen Beschäftigungsgesellschaft G. m. b. H. Karlsruhe, Durlacher Allee Nr. 58, Telefon 5423, liefert **Särge** in Tanne und Eiche, von einfachster bis feinst Ausführung Ständig großes Lager

**Mieterverein „Kruke“**  
 (e. V.)

**Dybuf**  
 von An. Zi  
 Regie: E. Wachstangow  
 Musik: J. Engel  
 Szenische Leitung: J. Kuschelstein — Musical Leitung: G. Rompancey  
 1. Ballett: Varay  
 2. Ballett: Tichomirovitch  
 3. Ballett: Ben-Chaim  
 4. Ballett: Benjamin  
 5. Ballett: Verichalov  
 6. Ballett: Siniar  
 7. Ballett: Brudlin  
 8. Ballett: Siniar  
 9. Ballett: Siniar  
 10. Ballett: Siniar  
 11. Ballett: Siniar  
 12. Ballett: Siniar  
 13. Ballett: Siniar  
 14. Ballett: Siniar  
 15. Ballett: Siniar  
 16. Ballett: Siniar  
 17. Ballett: Siniar  
 18. Ballett: Siniar  
 19. Ballett: Siniar  
 20. Ballett: Siniar

**Pfannkuch**  
**Gemüse-Konserven**  
 verbilligen die gute Küche!

**6 Waggon**

Erbsen	Dose	1/2	3/4
Gemüse-Erbsen		-.75	-.45
Junge „		-.95	-.55
„ „ mitf.		1.15	-.65
u. s. w.			

**Bohnen**  
 Junge Schnitt- u. Brechbohnen -.70 -.42  
 Junge Schnitt- u. Brechbohnen fadenl. Züchtung -.95 -.55  
 Prinzeßbohne, mf. 1.20 -.65  
 u. s. w.

**Spargel**  
 Stangen- u. Brech-Spargel

**Tomaten-Püree**

1/2 Dose	1/4 Dose
1.05	-.28
1/2 Dose	Probendose
-.60	-.15

**Ihr Vorteil:**  
 Unsere Rabattmarken täglich einlösbar

**Pfannkuch**

**Tinte und Schminke**  
 Grosses Presse- und Bühnenfest 1928  
 am 4. Febr., abends 8 Uhr in sämtlichen Räumen der Städtischen Festhalle

**Eintrittskarten zu Mk. 10.**  
 sind zu haben in folgenden Geschäftsstellen:  
 Karlsruher Tagblatt, Ritterstr. 1; Badische Presse Beobachter, Steinstraße 17; Badische Presse Lammstraße 1b; Karlsruher Zeitung, Karlsruherstr. 14; Residenz-Anzeiger, Kurvenstraße 21; Volksfreund, Waldstraße 28 und an der Hauptkasse des Badisch. Landestheaters

**Künstlerhilfe**  
 Lotterie zur Unterstützung junger Künstler  
 veranstaltet vom Ortsverband der Arbeiterwohlfahrt Karlsruhe e. V.  
 635 Gewinne im Werte von 10 894 Mk.  
 Zur Auslosung gelangen:  
 Majoliken, Kugeln, Bronzen, Delgemäde, Hand-Zeichnungen, Graphiken bedeut. hiesiger Künstler  
 Ziehung 15. Februar 1928

**Schützenlies!**  
 mit Kenia Desni in ihrer besten Rolle seit „Walzertraum“  
 Ferner: Carl de Vogt, Livio Pavanello, Cino Lotta usw.  
 7 Akte voll zwerchfellerschütternder Satire

**Der Unsichtbare von Heddington**  
 mit Hans von Schlettow, Sascha Gura usw. — Ein Film voll Spannung von Anfang bis Ende

**Kulturfilm Wochenschau**  
 Beginn d. Vorst. 8.30 u. 7.9 Uhr

**KAMMER-LICHTSPIELE**  
 Kaiserstr. 198 Tel. 3053 Haltest. Hirschstr.

zeigt ab heute  
 Ein Qualitätsprogramm von seltener Güte  
 Den bestgelungenen Großfilm der Aafa. nach dem gleichnamig. Bühnenwerk

**Schützenlies!**

mit Kenia Desni in ihrer besten Rolle seit „Walzertraum“  
 Ferner: Carl de Vogt, Livio Pavanello, Cino Lotta usw.  
 7 Akte voll zwerchfellerschütternder Satire

**Der Unsichtbare von Heddington**  
 mit Hans von Schlettow, Sascha Gura usw. — Ein Film voll Spannung von Anfang bis Ende

**Kulturfilm Wochenschau**  
 Beginn d. Vorst. 8.30 u. 7.9 Uhr

**Pfannkuch**  
**Früchte-Konserven**  
 entlasten die Hausfrau!

**2 Waggon**

Erdbeeren	Dose	1/2	3/4
1.80	1.00		
2.20	1.20		
1.50	-.80		
1.10	-.60		
-.90	-.50		
1.20	-.65		

**Apfelmus**  
 — tafelfertig —  
 2 Pfd.-Dose 1 Pfd.-Dose  
 -.75 -.45

**Hawai-Ananas**  
 1/2 Dose 1/4 Dose 1/8 Dose  
 2.00 1.10 -.60

**Hawai-Ananas**  
 im eigenen Saft  
 2 Pfund-Dose 1.50

**Unser Rabatt**  
 Doppelt vorteilhaft weil jederzeit einlösbar.

**Pfannkuch**